



Kiez verteidigt

In 19 deutschen Städten gingen am Sonnabend Zehntausende gegen den »Mietenwahnsinn« auf die Straße: Berliner unterzeichnen für Enteignung, Dresdner leiden unter Privatisierung, Eberswalder wollen keinen »Spekulationsgürtel«

SEITEN 3, 8 UND 15

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 8. APRIL 2019, NR. 83 · 1,70 EURO (DE), 1,90 EURO (AT), 2,40 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Dialog gefordert

Tausende demonstrieren in Venezuela für und gegen die Regierung. USA verschärfen Blockade

2

BAföG novelliert

Ausbildungsförderung im Bundestag: Opposition zerpflückt die Vorlage von Ministerin Karliczek

5

UN ignoriert

Im Fall der Wiederwahl: Israels Ministerpräsident will palästinensisches Territorium anneklieren

6

Hassgesetze kommentiert

Kanzler Adenauers braune rechte Hand: Ein Standardwerk über den Nazijuristen Hans Globke

10

Schwarze Kriegskasse

Bundesregierung rechnet 4,6 Milliarden Euro aus dem Militärhaushalt heraus. Linke: »Finanzminister spielt mit gezinkten Karten«. **Von Jörg Kronauer**

Die Bundesregierung wird im kommenden Jahr nicht, wie sie offiziell behauptet, 45,1 Milliarden Euro für das Militär ausgeben, sondern 49,7 Milliarden Euro. Dies geht aus der Antwort des Finanzministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Gesine Löttsch (Die Linke) hervor, die *Junge Welt* vorliegt. Die Differenz ergibt sich daraus, dass die Regierung mehrere Etatposten aus dem offiziellen Verteidigungshaushalt ausgegliedert hat, die ihm der Sache nach zugerechnet werden müssen. Dazu zählen die Ausgaben für den Wehrbeauftragten der Bundeswehr, für »Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung« sowie für die »Ertüchtigung von Partnerstaaten« insbesondere im militärischen Bereich, aber auch Aufwendungen »im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte« und allerlei Personal- und Sachkosten. Laut NATO-Kriterien zählt all dies zum Wehretat. »Man glaubt es kaum: Die NATO ist ehrlicher als die Bundesregierung«, kommentierte Löttsch gegenüber *jW*: »Der Finanzminister spielt mit gezinkten Karten, wenn es um den Rüstungsetat geht.«

Ungeachtet der Tatsache, dass die deutschen Militärausgaben dank anderswo versteckter Haushaltsposten ohnehin schon um mehr als zehn Prozent über dem offiziellen Budget liegen, bekräftigt die Bundesregierung ihren Willen zur weiteren Aufstockung des Wehretats. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat in der vergangenen Woche zum wiederholten Male angekündigt, im Jahr 2024 würden 1,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts für den Bundeswehr-Haushalt zur Verfügung



Ursula von der Leyen (CDU) mit dem Modell einer neuen Korvette. Veranschlagte Kosten: Zwei Milliarden (Februar 2019)

stehen. Das wären, sofern die aktuellen Prognosen zum Wirtschaftswachstum sich bestätigen sollten, rund 60 Milliarden Euro – ohne die anderswo versteckten Haushaltsposten. Mit Blick darauf, dass die jüngsten Planungsziffern von Bundesfinanzminister Olaf Scholz dies noch nicht hergeben, erklärte von der Leyen: »Das muss sich noch ändern, tut es üblicherweise auch.« Experten weisen nicht zuletzt darauf hin, dass Scholz milliardenschwere Rüstungsprojekte, die längst beschlossen sind, in seinen Planungen für 2020 noch nicht berücksichtigt hat, darunter vier Mehrzweckkampfschiffe des Typs MKS 180. Ihre Kosten werden mit 5,2 Mil-

liarden Euro beziffert. Aller Erfahrung nach ist mit einer erheblichen Steigerung des Kaufpreises im Verlauf der Produktionszeit zu rechnen.

Gleichzeitig kündigt von der Leyen an, den Bundeswehr-Haushalt nach 2024 weiter erhöhen zu wollen – in Richtung auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies entspricht der deutschen Interpretation des Aufrüstungsbeschlusses vom NATO-Gipfel in Wales aus dem Jahr 2014. Die Außenminister der NATO-Staaten, darunter Heiko Maas, haben dies in der vergangenen Woche bei ihrem Jubiläumstreffen in Washington bekräftigt. Zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts wären nach aktuellem Stand

68 Milliarden Euro – mehr als das von der NATO bedrohte Russland zur Zeit für die Streitkräfte ausgibt.

Während die Militärausgaben steigen, nimmt die Armut zu. Der Paritätische Gesamtverband bezifferte die Armutsquote in Deutschland zuletzt auf 16,8 Prozent – der höchste Wert seit 1990. Dennoch sahen die Pläne des Bundesfinanzministers das »Einfrieren der öffentlichen Investitionen« vor, kritisierte Löttsch Ende vergangener Woche: »Die Bundesregierung tut nichts gegen die weitere Spaltung der Gesellschaft.« Vorrang hat die Aufrüstung: Sie gilt als Voraussetzung für die angestrebte deutsch-europäische Weltmachtspolitik.

»Zukunftslabor« Ostdeutschland

SPD stellt Programm für neue Bundesländer vor und will damit Wähler zurückholen

Etwa ein halbes Jahr vor den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen will die SPD mit einem »Zukunftslabor Ost« Punkte sammeln. Die zwölf Kernforderungen des Papiers stellen der Ostbeauftragte der SPD, Martin Dulig, und Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am Samstag in Erfurt vor. Der Osten soll demnach eine Vorreiterrolle bei innovativen Technologien und der Digitalisierung einnehmen. SPD-Chefin Andrea Nahles forderte einen »neuen

Schub« für das Gebiet der ehemaligen DDR.

In Umfragen standen die Sozialdemokraten in den drei ostdeutschen Ländern, die im Herbst neue Parlamente wählen, zuletzt nicht besonders gut da. Während sie in Thüringen und Sachsen darum kämpfen, nicht in den einstelligen Bereich zu rutschen, steht in Brandenburg das Amt des Ministerpräsidenten Dietmar Woidke auf dem Spiel.

Dulig erklärt sich die Situation der SPD im Osten auch damit, dass bei den Ostdeutschen die Bindung an eine Par-

tei generell »nicht so ausgeprägt« sei. Woidke gab hingegen am Rande der Veranstaltung zu, »dass wir vielleicht in den letzten Jahren – das betrifft die Bundesebene – das Soziale zu wenig betont haben«. SPD-Chefin Andrea Nahles, die von 2013 bis 2017 Bundesministerin für Arbeit und Soziales war, forderte am Samstag, nun endlich die Ungerechtigkeiten zwischen Ost und West in der Arbeitswelt zu beseitigen. »Menschen, die in Ostdeutschland arbeiten, verdienen weniger und haben außerdem mehr Arbeitsstunden und weniger Urlaubsansprüche«,

sagte Nahles beim SPD-Ostkonvent. Sie wolle, dass die Menschen in den neuen Bundesländern mehr Gehalt, mehr Urlaub und mehr Anerkennung bekommen. Nicht in jedem Bereich sei die Lebensleistung der Ostdeutschen anerkannt worden, äußerte Nahles, die aus Rheinland-Pfalz stammt. Der Kouvorsitzende der Fraktion Die Linke im Bundestag, Dietmar Bartsch lobte am Samstag gegenüber der *Deutschen Presseagentur* die SPD. Sie habe »Die Linke als Partnerin, wenn sie ihr Ostprogramm ernst nimmt und es wirklich umsetzen will«, erklärte er. (dpa/jW)

Wagenknecht kritisiert eigene Partei

Berlin. Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht wirft ihrer Partei vor, die Interessen der einkommensschwachen Schichten zu vernachlässigen. »Die Linke hat sich von den ärmeren Schichten teilweise entfremdet, weil sie oft nicht deren Sprache spricht und von ihnen als belehrend und von oben herab empfunden wird«, sagte Wagenknecht der *Neuen Osnabrücker Zeitung* (Samstagsausgabe). Es gebe im Bundestag eine »breite Mehrheit für mehr sozialen Ausgleich, bessere Löhne, höhere Renten«, so Wagenknecht. Die SPD habe allerdings viele Jahre realpolitisch das Gegenteil umgesetzt. Linke-Chefin Katja Kipping wies die Kritik zurück: Sie erlebe eine Linke, die »um die Alltagsorgen der Menschen weiß und im Gespräch mit ihnen ist« und die »voll Leidenschaft gegen Armut und Hartz IV kämpft«, sagte Kipping dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. (dpa/jW)

■ Siehe Seiten 12/13

»Sea-Eye« fordert Hafen für Gerettete



Valletta. Die deutsche Hilfsorganisation »Sea-Eye« hat dringend eine Lösung für die von ihrem Schiff »Alan Kurdi« geretteten Flüchtlinge gefordert. Wegen der Blockade auf dem Mittelmeer müssten die Menschen an Bord »unhaltbare humanitäre Bedingungen ertragen«, erklärte Sprecherin Carlotta Weibl am Sonntag in Rom. »Sie müssen teilweise draußen an Deck schlafen und sind Wind, Wellen und Kälte ausgesetzt. Ein nahender Sturm wird die Menschen in große Gefahr bringen.« Viele Gerettete seien nach der Flucht aus libyschen Lagern geschwächt und seekrank, erklärte Weibl.

Die unter deutscher Flagge fahrende »Alan Kurdi« hatte am Mittwoch vor Libyen 64 Flüchtlinge aufgenommen. Sowohl Italien als auch Malta haben der Regensburger Organisation die Erlaubnis zur Einfahrt in einen Hafen verweigert. Das (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.181 Genossinnen und Genossen (Stand 5.4.2019)
 www.jungewelt.de/lpg

